

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe november 2009**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Justus Leonhard,  
Markus Lönning, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt

**Autoren dieser Ausgabe**

Philipp Ehmann, Peter  
Lundkowski, Katharina  
Peter, Frank Schäffler,  
Stefan Scholz

**Leserbriefe**

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-hackescher-markt.de](http://fdp-hackescher-markt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe november 2009**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

auf Bundesebene hat die Koalition der Liberalen mit ihren Part-  
nerinnen und Partnern von CDU und CSU den Koalitionsvertrag  
geschlossen, und unser Parteitag in Berlin hat dem Papier, welche  
klare liberale Handschrift trägt und unsere Kernforderungen aus  
dem Wahlkampf durchweg aufgreift, einmütig zugestimmt. Dieser  
schöne Erfolg ist allerdings nicht das Ende, sondern der Anfang:  
Die für Deutschland so bitter notwendigen Strukturreformen  
wurden, der Natur ihrer komplexen Sache durchaus gerecht, im  
Grundsatz vereinbart, harren allerdings der Prüfung, Ausarbei-  
tung und Umsetzung in den kommenden Jahren. Dies aufmerk-  
sam zu begleiten und voranzutreiben, das ist jedes Liberalen nob-  
le Pflicht.

Eine Pflicht, deren Bedeutung für unser Land man gar nicht hoch  
genug einschätzen kann, wenn man etwa erleben muss, wie schon  
unmittelbar nach Abschluss des Koalitionsvertrages Herr Wolf-  
gang Schäuble bereits zum zweiten Mal in Deutschlands Ge-  
schichte den Bürgerinnen und Bürgern Wege in eine intelligent  
und vernünftig konstruierte Zukunft zu blockieren versucht, wel-  
chen die Liberalen aufgezeigt haben. Eine Pflicht, an deren Erfül-  
lung wir alle uns in unserem politischen Wirken werden messen  
lassen müssen.

Die inhaltliche Arbeit an einem Land, das es besser und liberaler  
kann, ist auch auf Landes- und Bezirksebene in vollem Gange.  
Unser Landesvorstand entfaltet lobenswerter Weise auch in der  
„Pause“ zwischen der Bundestagswahl 2009 und der turnusmäßi-  
gen Neuwahl des Landesvorstandes Anfang 2010, welcher uns  
dann in die Berlinwahl 2011 führen soll, vielfache programmati-  
sche Tätigkeit. Unser Bezirksvorstand hat sich jüngst zur Klausur  
zurückgezogen und diskutiert, wie wir die diversen Impulse der  
Bundesebene, unserer AGH-Fraktion, aber auch der kommunal-  
en Ebene in eigene Kampagnen und Unterstützung unserer fünf  
Ortsverbände in Mitte umsetzen können.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Politik verdirbt nicht den Charakter,  
Politik testet ihn.**

Teilnehmer „bonzenwatch“ im FDP-Internetforum

## Lagebericht der Vorsitzenden

# Zielrichtung bestimmt: Klausurtagung des Bezirksvorstands

*von Maren Jasper-Winter*

Seit der Wahl des Bezirksvorstands im März diesen Jahres haben wir uns im Wesentlichen mit zwei Wahlkämpfen befasst: mit dem Europawahlkampf und nach kurzer Pause mit dem Bundestagswahlkampf. Jetzt ist es Zeit, innezuhalten und ein Arbeitsprogramm und eine Planung für den Bezirk für die verbleibende Amtszeit (bis zum Frühjahr 2011) zu entwickeln. Dieser Aufgabe hat sich der Vorstand am Samstag, 07. November 2009, gestellt. Wir haben erste Ziele und Themenschwerpunkte festgesetzt und werden die Diskussion in den kommenden Wochen fortsetzen.



Gastredner der Klausurtagung war der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Christoph Meyer. Er berichtet von der Klausurtagung der Abgeordnetenhausfraktion, die sich neben dem aktuell zu beratenden Haushalt auch mit der Ausrichtung der Fraktion auf die Wahlen im Jahr 2011 beschäftigte. „Wir müssen uns jetzt schon auf die Wahlen 2011 vorbereiten, denn nach der Wahl ist vor der Wahl“, so Christoph Meyer. Die Fraktion hat sich fünf Themenschwerpunkte hierfür gegeben: Wirtschaft/Arbeit, Entlastung der Bürger, Konsolidierung öffentlicher Ausgaben, Bildung und Bürgerrechte. Unter Themenkomplex „Entlastung der Bürger“ versteht Meyer in erster Linie die Belastung mit zu hohen Gebühren für die Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Straßenausbaubeiträgen und mehr Wettbewerb im Strom- und Wärmemarkt. Bürgerrechte würden in der Fraktion auch unter dem Aspekt der Eigentumsrechte diskutiert, die es zu schützen gelte.

Auf Basis dieses Berichts diskutierte der Vorstand, welche Themen für den Bezirk für das kommende Jahr von besonderer Bedeutung seien. Folgende Schwerpunktthemen möchte der Bezirksvorstand verfolgen (erste Themensammlung):

- Bildung (KITas, Schulen)
- Entlastung der Bürger im Bereich der „Daseinsvorsorge“ (durch mehr Wettbewerb)

- Wirtschaftspolitik (insbesondere „Open Sources“ im Bereich Internet/Software; Kultur als Wirtschaftsstandortfaktor)
- Stadtplanung
- Gesundheitspolitik – besseres Gesundheitssystem durch mehr Wettbewerb?

Der Vorstand wird diese erste Sammlung der Themen weiter zuschärfen und konkretisieren. Die Veranstaltungsreihe „Wettbewerb“ soll fortgesetzt werden. Auch die Umsetzungsmöglichkeiten werden weiter diskutiert. Diese „Zuspitzung und Konkretisierung“ soll auf der nächsten Vorstandssitzung fortgesetzt werden.

Der Vorstand hat sich auch mit der grundsätzlichen Thematik beschäftigt, welche Aufgabe dem Bezirksvorstand im Verhältnis zu den Ortsverbänden zukommt. Hierzu wurde beschlossen, dass den Ortsverbänden die oben genannten Themen zur Verfügung gestellt werden sollen. Gerne können sich einer oder mehrere Ortsverbände eines Themas annehmen und eine Veranstaltung / Aktion organisieren. Sollte hierzu keine Kapazität bestehen, wird eine Koordinierung auf Bezirksebene stattfinden. Wir werden demnach die Ortsverbände zu diesem Prozess auf dem Laufenden halten.

Auf Landesebene wird der Bezirk sich in die Diskussion zum Leitantrag des Landesvorstands zum Thema „Verkehrspolitik“ einbringen. Dieser Antrag wird in den kommenden Monaten erarbeitet und soll auf dem kommenden Landesparteitag im März 2010 beschlossen werden. Sie können sich für eine Mitarbeit am Antrag an unser Landesvorstandsmitglied Katja von Maur wenden.

Wichtig für den weiteren politischen Erfolg der Liberalen in Berlin-Mitte ist der Kontakt zu Bürgerinitiativen / Vereinen im Bezirk. Der Vorstand hat auf seiner Tagung zusammengetragen, zu welchen Initiativen Kontakte der FDP bestehen. Kontakte des Bezirks zu Bürgerinitiativen bestehen im Wesentlichen zu Spandauer Vorstadt, Leipziger Straße, Hansaviertel, Wilhelmstraße, Invalidenstraße, Müllerstraße. Sind Sie in einer Bürgerinitiative aktiv? Es wäre schön, wenn Sie uns dies mitteilen könnten.

Haben Sie Anregungen zu den Themen? Bitte geben Sie uns Bescheid. Am einfachsten können Sie Ihre Anregung direkt an mich per E-Mail schicken (maren.jasper@fdp-mitte.de).

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Außen- und Entwicklungspolitik in liberaler Verantwortung

von Katharina Peter

Mit seiner Vereidigung als Entwicklungshilfeminister hat Dirk Niebel ein Ressort übernommen, an dessen strategischer Ausrichtung die FDP jahrelang scharfe Kritik geübt hat und dessen Eingliederung in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes sie noch im Zuge der Koalitionsverhandlungen gefordert hatte. Das Medienecho auf die Ernennung fiel entsprechend kritisch aus („180-Grad-Drehung“, „Verachtung der Politik durch die Politik“, „besondere Form der politischen Flexibilität“). Die Kritik trifft die FDP ins Mark. Sie zielt auf das, worauf unser Wahlerfolg maßgeblich beruht: unsere Glaubwürdigkeit. Sind die Vorwürfe berechtigt?

In ihrer Interpretation als „Akt der Postenbefriedigung“ machen es sich die Medien zu leicht. Die Entscheidung zur Übernahme des Entwicklungsministeriums hat eine klare strategische Komponente. Sie basiert auf folgender Überlegung: Außen- und Entwicklungspolitik teilen den fachübergreifenden Blick nach außen. Im Zuge der Globalisierung nehmen die Zusammenhänge und Überschneidungen von auswärtigen Politikfeldern noch zu. Den Chancen von Synergieeffekten stehen dabei zwar die Risiken von Doppelarbeit und wechselseitiger Blockade gegenüber. Sofern Auswärtiges Amt und BMZ nun aber erstmals gleichzeitig in liberaler Hand sind, kann dem Ziel einer wert- und interessengetriebenen Außenpolitik „aus einem Guss“ genüge getan werden. Ein liberales Entwicklungsministerium ist damit kein Widerspruch zur vorangegangenen Forderung nach einer Eingliederung in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes, sondern eine Chance zur Herstellung von Kohärenz.

Wenn man das Verhältnis von Außen- und Entwicklungspolitik näher betrachtet, ist es sogar die bestmögliche Lösung. Das Entwicklungsministerium hat neben dem Auswärtigen Amt eine eigenständige Existenzberechtigung.

Außen- und Entwicklungspolitik sind im Bezug auf ihre Aufgabenfelder und Instrumente grundverschieden: Außenpolitik ist die Mitgestaltung der Beziehungen zu anderen Ländern mit den Mitteln der Diplomatie. Entwicklungspolitik ist demgegenüber die Mitgestaltung der Verhältnisse in anderen Ländern mit Instrumenten der Zusammenarbeit bei der Realisierung von Projekten und Programmen und der damit verbundenen Beeinflussung von Rahmenbedingungen in Partnerländern. Während Außenpolitik auch Opportunitätserwägungen folgen darf, ist Entwicklungspolitik langfristig angelegt und sollte keinen kurzfristigen Interessen untergeordnet werden. Diese strukturellen Unterschiede müssen sich in einer klaren Trennung der Zuständigkeiten widerspiegeln.

Das Entwicklungsministerium kann einen eigenständigen und wichtigen Beitrag zu einer wert- und interessengetriebenen liberalen Außenpolitik leisten. Das BMZ ist längst kein Almosenministerium mehr. Es gibt eine Fülle von Problemfeldern, die alle Weltregionen vor ähnliche Herausforderungen stellt (z. B. Klimawandel, Stabilisierung des internationalen

Finanzsystems, Migration und Flucht, transnationaler Terrorismus). Ohne eine Kooperation mit den Entwicklungsländern werden diese Probleme nicht zu lösen sein. Entwicklungspolitik ist globale Strukturpolitik, weil sie Entwicklungsländern Impulse geben kann, eine aktive Rolle in der Weltgemeinschaft bei der Lösung globaler Herausforderungen zu spielen.

Liberaler Entwicklungspolitik zielt darauf, Armutsursachen zu bekämpfen, um den Menschen in den Entwicklungsländern mehr Freiheit zu ermöglichen, ihre Eigenverantwortung und Selbsthilfekräfte zu stärken. Sie ist eine Politik mit Überzeugung, aber auch mit Realismus. Die Herausforderung wird sein, die richtige Balance zwischen Werten und Interessen, nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen zu finden. Nicht minder wichtig sind die Handelnden. Entwicklungspolitik hat Kontinuitätslinien. Letztlich aber wird die Kraft der Personen mit verantwortlich für das Vertrauen des Auslands und der Bürger in unsere Politik.

---

*Katharina Peter (OV Hackescher Markt) ist Stellv. Sprecherin des Bezirksausschusses im BV Mitte der FDP*

Gastkommentar

## Wohlstand für Alle - Steuerpolitik ist Wachstumspolitik

von Frank Schäffler

„Wohlstand für Alle!“ Unter dieses Motto haben wir den ersten Teil unseres Koalitionsvertrages zwischen Union und FDP gestellt. Dieses Motto bedeutet für uns, dass wir eine Steuerpolitik machen wollen, die die Leistungsbereitschaft der Bürger stärkt und die den Unternehmen auch in Zeiten der Globalisierung eine starke Stellung ermöglicht. Wir wollen jetzt in der Krise zunächst für Wachstum sorgen. Wir betrachten Steuerpolitik als Wachstumspolitik. Statt Einzelmaßnahmen, die wie die Abwrackprämie nur Strohfeder entfachen, wollen wir strukturelle Reformen umsetzen.

Ludwig Erhard formulierte in seinem Werk „Wohlstand für Alle“: „Man wird das sehr berechtigste Anliegen aller Staatsbürger wie auch der Wirtschaft anerkennen wollen, zu einer Senkung der steuerlichen Belastung zu gelangen.“ Der Koalitionsvertrag von Union und FDP enthält dazu zwei klare Aussagen: „Deswegen wollen wir ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem“, lautet die erste. Die zweite ist: „Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen. Zahl und Verlauf der Stufen werden unter Berücksichtigung dieses Zieles entwickelt. Der Tarif soll möglichst zum 1.1.2011 in Kraft treten.“

Die Botschaft der neuen Regierung lautet also, dass wir auf Wachstum und Aufschwung setzen. Wir wollen für Motivation und Entlastung sorgen und haben bereits ein Sofortprogramm an krisenentschärfenden Maßnahmen auf den Weg gebracht. Mit Wirkung zum 1.1.2010 werden Familien entlastet und Unternehmen von krisenverschärfenden Regelungen der Unternehmenssteuerreform befreit. Die Erbschaftsteuer wird familienfreundlicher und bezüglich der Unternehmensnachfolge entbürokratisiert. Diese kurzfristigen Maßnahmen, die ein Entlastungsvolumen in den Jahren 2010 bis 2014 von insgesamt

39,76 Mrd. Euro bedeuten, zeigen, dass wir Wort halten. Dazu gehört natürlich auch, dass wir am Ziel der umfassenden Steuerstrukturreform festhalten. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir im Koalitionsvertrag eine jährliche Steuerentlastung von 24 Mrd. Euro festgeschrieben haben. Sie steht direkt auf Seite 2 des Vertrages, so dass sie keinem Unionskollegen, der ihm auf den Parteitagen von CDU und CSU zugestimmt hat, entgangen sein dürfte.

Diese durchgreifende Steuerentlastungspolitik muss mit einer soliden Haushaltspolitik verbunden werden. Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung einem „nachhaltigen Kurs der Sparsamkeit“ verpflichtet. Dazu haben wir neun Goldene Regeln vereinbart. Wir haben festgelegt, dass künftig das Ausgabenwachstum unter dem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes liegen muss. Das ist die wichtigste Regel, denn sie stellt eine grundsätzlich neue Weichenstellung dar, die die öffentlichen Haushalte nachhaltig sanieren wird. Wenn es uns gelingt, die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren um 1 Prozent geringer wachsen zu lassen, als das reale Bruttoinlandsprodukt, schaffen wir einen jährlichen Konsolidierungserfolg von 18 Mrd. Euro. Das wäre auf der Ausgabenseite der Schlüssel zur Gesundung der öffentlichen Haushalte.

Wir treten damit dem ausufernden Wachstum der Staatsausgaben entgegen. Noch in der vorangegangenen Legislaturperiode hat es einen exorbitanten Anstieg der Ausgaben um 43,5 Mrd. Euro - im Vergleich 2009 gegenüber 2005 - gegeben. Der Ausgabenanstieg lag mit jahresdurchschnittlich 4 Prozent deutlich über dem jahresdurchschnittlichen nominalen BIP-Anstieg von 1,4 Prozent.

Für zusätzliche Ausgabenwünsche, die an die neue Bundesregierung herangetragen werden, gilt die Goldene Regel, dass alle staatlichen Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Ludwig Erhard hat uns dazu ins Stammbuch geschrieben: „Es gibt keine Leistungen des Staates, die sich nicht auf Verzicht des Volkes gründen.“ An diese Erkenntnis werden wir uns halten müssen.



---

*Frank Schäffler MdB (LV NRW), Obmann der FDP-Fraktion im Bundestags-Finanzausschuss*

## Zum Thema

# Lissabon-Vertrag stärkt Europa

von *Stefan Scholz*

Als sich 2005 neben Frankreich auch die Niederlande mit der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages gegen eine gemeinsame europäische Staatsengrundlage aussprachen, herrschte Ratlosigkeit in der Gemeinschaft. Nur vier Jahre später wird die Geschichte neu geschrieben. Heute, am 13.11.09, hinterlegte Staatspräsident Vaclav Klaus die tschechische Ratifikationsurkunde zum Lissabon-Vertrag. Das geschichtsträchtige „Verfassungssurrogat“ wird damit zum 1.12. in Kraft treten und das künftige Zusammenleben in der europäischen Gemeinschaft in wesentlichen Punkten neu definieren und die Gemeinschaft als solche stärken.



Entscheidend für den nachhaltigen Erfolg des Lissaboner Vertrages ist jedoch das Erkennen und Weiterdenken der aus ihm erwachsenden Möglichkeiten. Eine ihn diskreditierende Diskussion über Nichterreichtes ist der Sache nicht dienlich. Die europäische Gemeinschaft wird durch das Vertragswerk ab dem 1. Dezember eine andere sein – mit ausgeprägteren Demokratieelementen nach Innen und stärkerer Wiedererkennung nach Außen: Die europäische Union erhält eine eigene Rechtspersönlichkeit, das europäische Parlament wird gestärkt und dem Ministerrat in vielen Bereichen gleichgestellt, die Abstimmungsverfahren werden gerechter, ein europäisches Bürgerbegehren eingeführt. Zusätzlich werden die Kompetenzen der Institutionen konkretisiert, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vereinheitlicht, ein europäisches Außenamt geschaffen und mit den Ämtern des Präsidenten und des EU-Außenministers zwei handlungsstarke Repräsentanten erschaffen.

Für das europäische Selbstverständnis ist der Vertrag ein Meilenstein. Der Staatenbund bedarf jedoch auch künftig einer sukzessiven Weiterentwicklung. Hierzu zählt zuvorderst die Stärkung des europäischen Parlaments als demokratischer Nukleus. Nur unter Schaffung einer starken Legislative wird Europa seiner demokratischen Verpflichtung gerecht und seine Bürger abschließend überzeugen.

---

*Stefan Scholz ist Vorsitzender des OV Gendarmenmarkt*

## Zum Thema

# S-Bahn-Chaos in Berlin

von *Philipp Ebmann*

Seit Juni kommt es im Berliner S-Bahnverkehr zu ständigen Störungen, Betriebsunterbrechungen und Verkehrsbehinderungen. Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat als Reaktion auf dieses Chaos Verkehrsgipfel abgehalten, Entschädigungen für Umweltkartenbesitzer durchgesetzt und für weitere Fahrgäste gefordert. Die Deutsche Bahn hat einen Ersatzverkehr eingerichtet. „Krisenmanagement erfolgreich!“ könnte der geneigte Leser folgern. Doch wie konnte es zu diesen Zuständen überhaupt kommen? Ausgesetzte Prüfungen und nachlässige Kontrollen waren die Ursache. Doch wie konnte die S-Bahn-Berlin GmbH ungehindert und offensichtlich von der Verkehrsaufsicht der Berliner Senatsverwaltung unbemerkt ein solches Durcheinander produzieren?



Die Vergabepolitik des S-Bahnbetriebs durch das Land Berlin gerät immer mehr in den Fokus der politischen Debatte. Die S-Bahn-Berlin GmbH hat bei der letzten Vergaberunde für den Betrieb des S-Bahnverkehrs den Zuschlag in freihändiger Vergabe erhalten. Die Inhalte sind geheim und sollen erst Mitte des kommenden Jahres veröffentlicht werden. Ein klares Zeichen für einen schlecht verhandelten Vertrag. Zwar soll durch die EU-Richtlinie 1370/2007 nun ein Ausschreibungsverfahren für den öffentlichen Personennahverkehr erfolgen; doch können diese Ausschreibungen unterbleiben, wenn die Verkehrsunternehmen staatlich sind und staatlichen Kontrollen – ähnlich einer Behörde unterliegen. Die Linkspartei fordert deshalb bereits die Verstaatlichung der S-Bahnbetriebe. Eine zweifelhafte Lösung: die Schaffung einer „Superverkehrsbehörde“ schafft zunächst nur mehr Bürokratie und lässt die derzeitigen strukturellen Probleme außer Acht. Berlin braucht öffentliche Ausschreibungen für den Betrieb des Schienenverkehrs, für die Wartung und Instandhaltung der S-Bahn-Fahrzeuge und der Schienen. Denn auch in einem scheinbar monopolistischen Bereich wie dem Schienennahverkehr ist Wettbewerb möglich. Als liberale Partei sollten wir dafür sorgen, dass er stattfindet – unter fairen Bedingungen für Transportunternehmen und Fahrgäste.

---

*Philipp Ebmann (OV Tiergarten)*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Haushalt und Klimaschutz: Die nächste Runde

von *Henner Schmidt*

Trotz der sehr angespannten Lage des Berliner Haushaltes hat die FDP-Fraktion auf ihrer Klausurtagung 2010/2011 noch Einsparpotenziale von über 500 Mio. € gefunden. Diese reichen vom sinnlosen Öffentlichen Beschäftigungssektor bis zu übertrieben hohen Ausgaben für Computer. Trotzdem haben wir unsere politischen Schwerpunkte für fokussierte Mehrausgaben gesetzt: Mehr Geld für Hochschulen und freie Schulen, mehr Stellen bei Polizei und Feuerwehr und der Einstieg in Abgaben- und Steuersenkungen. Auch die Erhöhung des Stiftungskapitals für die Stiftung Naturschutz und die notwendige Aufwertung des weltweit bedeutsamen bauhaus-Archivs wollen wir finanzieren. Eine Senkung der geplanten Neuverschuldung um die von uns gefundenen 500 Mio. € spart auch viele Millionen an künftigen Zinszahlungen, die besser für Bildung, Infrastruktur und Sicherheit ausgegeben werden sollten.



Die Debatte zu unseren Anträgen zum Klimaschutz im Wärmebereich hat den Senat in Verlegenheit versetzt. Unsere Vorschläge liegen nun detailliert auf dem Tisch, lange bevor der Senat sein „Klimaschutzgesetz“ einbringt. Das Feedback aus den Verbänden an uns war sehr positiv. Viele loben unsere Sachkenntnis und setzen darauf, dass die FDP-Fraktion vernünftige und wirtschaftsverträgliche Lösungen durchsetzt, die die Bürger nicht unnötig belasten. Ende November werden wir Experten und Verbände zu einem Round Table Gespräch mit dem niedersächsischen Umweltminister Sander einladen, um zu zeigen, dass liberale Lösungen aus anderen Bundesländern ein Vorbild für Berlin sein können.

Der Fraktions-Flyer mit unseren Maßnahmen zur Bekämpfung der Wildschweinplage, den Sebastian Czaja und ich erstellt haben, wird diesen Monat noch gedruckt und verteilt. Gerade in der derzeitigen Jahreszeit verursachen Wildschweine besonders viele Probleme. Auch hier hilft die FDP pragmatisch den Berliner Bürgern.

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),  
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte*

Aus der Landespartei

## Berlin mobil

von *Katja v. Maur*

Nach der Bundestagswahl steht für uns Hauptstadtliberale nun wieder die Arbeit für eine liberale Hauptstadt im Mittelpunkt. Wir wollen den rot-roten Senat ablösen und ab 2011 Verantwortung für Berlin übernehmen. Die Erfolge der FDP in fast allen Ländern und im Bund haben gezeigt, dass sich eine sorgfältige inhaltliche Vorbereitung auszahlt.



Der Landesvorstand will die Abgeordnetenhausfraktion hierbei mittel- und langfristig nachhaltig programmatisch unterstützen. Neben guter Sozial-, Bildungs-, Europa- und Wirtschaftspolitik – unseren bisherigen Arbeitsthemen – ist eine gute Verkehrspolitik ein wichtiger Motor für Berlins wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Sie soll ein Schwerpunkt unseres nächsten Parteitags sein. Wir wollen dieses Thema weiterentwickeln und als Meilenstein für die Programmdebatte zur Abgeordnetenhauswahl 2011 nutzen.

Wie sieht eine moderne, bürgernahe Verkehrspolitik für die Hauptstadt Berlin aus? Bürgerinnen und Bürger wollen ein Maximum an Mobilität und gleichzeitig ein Minimum an Umwelt-, Lärm- und Kostenbelastung. Quadratur des Kreises oder Chance? Die Berlinerinnen und Berliner nutzen Bahnen und Busse, das eigene Auto oder Taxi, das Fahrrad und gehen zu Fuß – wie können die verschiedenen Verkehrsträger und -mittel in einem sinnvollen Wettbewerb miteinander stehen und sich gegenseitig vernünftig ergänzen? Die Probleme der Berliner S-Bahn und die finanziellen Kapriolen bei der BVG zeigen schließlich, was fehlende Kontrolle und ein zahnloser Verkehrsvertrag bewirken.

Unsere Stadt muss besser in nationale und internationale Verkehrsnetze eingebunden werden – wo sehen wir Liberale dort die Lösungen für die nächsten Jahrzehnte?

Die Arbeitsgruppe des Landesvorstandes leitet Matthias Bick. Er wird dabei von Andreas Lück, Nikoli-ne Hansen und mir unterstützt. Wie in den letzten Jahren, wollen wir die zuständigen Fachausschüsse und Kollegen sowie die Bezirks- und Ortsverbände in die Vorbereitung einbinden und freuen uns auf eine rege Beteiligung.

---

*Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin  
im Landesvorstand der Berliner FDP*

## Berichte aus Mitte

# **BVV-Sitzung entgleitet zum ideologischen Schlag- abtausch**

*Peter Lundkowski von der BVV-Fraktion*

Ausgehend von der Kritik an den Überlegungen im BA, die 3 Rathauskantinen zu schließen, entwickelte sich in der letzten BVV zuerst ein fachlicher Disput, der sich schnell zu einer ideologischen Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU entwickelte - ein Vorgeschmack auf den kommenden Wahlkampf. Im fachlichen Teil haben die Grünen, FDP und CDU eine mögliche Schließung vehement kritisiert und die Unsinnigkeit aus sozial-, wirtschafts- und ernährungspolitischer Sicht überzeugend belegt. Wir haben dabei insbes. den Erhalt der Kantine im Rathaus Wedding verteidigt, auf die zweifelhafte Kostenschätzung für den Umbau zu einem Archiv und auf den sozialen Aspekt als „Begegnungsstätte“ verwiesen. Da in den kommenden Jahren im Rahmen des Programms „aktives Stadtzentrum Müllerstr.“ am Rathausvorplatz ein Bildungszentrum, ein Bürgertreffpunkt entsteht, müsste eigentlich die Kantine eher aufgewertet werden.

In der September-BVV wurde ein Antrag der Grünen „Für eine zeitgemäße Seniorenpolitik in Mitte“ angenommen. Diesen Ansatz haben wir aufgegriffen und erweitert. Unser Antrag „Altersbeschränkungen überprüfen und zeitgemäß anpassen“ wurde nun mit Unterstützung der Grünen ohne Widerspruch angenommen. Unserer Meinung nach müssen die Altershöchstgrenzen in Gesetzen und Verordnungen kritisch untersucht werden. Die sog. „Jungen Alten“ nutzen bereits heute die zur Verfügung stehende Zeit für gemeinnützige, ehrenamtliche Arbeit, die allerdings nicht immer entsprechend gewürdigt wird. Leider gibt es aber noch Altersbeschränkungen, die die „Jungen Alten“ aus bestimmten beruflichen und ehrenamtlichen Bereichen ausschließen, siehe z.B. das Bezirksamtsmitgliedergesetz. Es ist auch nicht verständlich, dass ein älterer Mensch als Schulpate ehrenamtlich in der Schule z.B. in der Nachhilfe mitarbeiten darf, er aber nicht als Jugendschöffe berufen werden kann.

In der kommenden BVV am 12.11. wird eine wichtige Entscheidung fallen – die Abstimmung über den vorgelegten Haushaltsentwurf: Ablehnung oder Zustimmung?

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363

Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

## **Koalitionsverhandlungen hautnah**

*Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt*

Aktueller geht's kaum: Auf unserer Mitgliederversammlung im Oktober gab der direkt aus den Koalitionsverhandlungen gekommene Gast Helmut Metzner den Anwesenden einen hautnahen Einblick Inhaltsfortschritte und Verhandlungsatmosphäre. Die anwesenden Mitglieder und Gäste erlebten einen äußerst spannenden und kurzweiligen Abend und freuten sich über Informationen, die über die reguläre Presseberichterstattung hinausgingen. Viele Mitglieder und Gäste waren dem Aufruf gefolgt – mehrfach musste die Runde durch Tischanbauten erweitert werden. Auch für unsere nächste Mitgliederversammlung hat sich wieder hochkarätiger Besuch angesagt. Niemand geringeres als der frisch wiedergewählte MdB Hellmut Königshaus wird bei unserer kommenden Mitgliederversammlung als Referent teilnehmen. Ausnahmsweise findet unsere November-Veranstaltung daher auch nicht am zweiten Dienstag des Monats statt, sondern wurde um eine Woche auf den 17.11. verschoben. Rechtzeitiges Erscheinen wird empfohlen, da erneut mit zahlreichen Gästen gerechnet wird.

## **Integrationspolitik**

*Anno Blissenbach v. OV Hackescher Markt*

Zur Mitgliederversammlung am 02.11. hatten wir mit Prof. Dr. Barbara John die erste Ausländerbeauftragte der Republik als Referentin gewinnen können. Die CDU-Politikerin übte das Amt beim Berliner Senat von 1981 bis 2003 aus und so fragten sich viele, ob die heutige Integrations-Situation in Berlin als ihr Werk zu betrachten sei. Frau John legte mit einem substantiierten Referat ihre Interpretation der Grundlagen und Folgen bundesdeutscher Zuwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte dar. Blauäugige Grundhaltungen seien Basis für eine Bundesgesetzgebung gewesen, welche die allgemein bekannten Problematiken zwingend herbeigeführt hätten. So



habe die Doktrin, Deutschland sei kein Einwanderungsland, in der Anfangszeit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte dazu geführt, dass man unter der Prämisse, „die gehen ja ohnehin wieder nach Hause“, in großer Zahl Niedrig- bzw. Unqualifizierte ins Land gelassen habe. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber sei damals in Anbetracht steigender Arbeitslosigkeit als „Abschreckungsmaßnahme“ politisch gewollt gewesen, habe aber per Transferleistungsabhängigkeit – so wie auf anderen Feldern erfolgende „Umrüstungen des Sozialstaats“ auch – als massive „Integrationsbremse“ gewirkt. Nach einem Statement Hanaa El-Husseins, in dem sie die bekannten FDP-Positionen des von ihr geleiteten LFA „Ausländerpolitik“ darlegte, folgte eine lebhaft diskutierte Diskussion der zahlreichen erschienenen Mitglieder und Gäste im Gewölberaum des „Simon“. Zwar wurde angesprochen, dass es ein „Ausländerproblem“ in Wirklichkeit gar nicht gebe: so seien z.B. die Mitglieder der zahlenmäßig sehr starken japanischen Gemeinde Düsseldorfs hoch angesehen oder seien z.B. die ungezählten geflohenen persischen Intellektuellen in hochqualifizierten Berufen tätig und bestens integriert; doch dass man sich sehr bald wieder auf die Problematik der Berliner türkisch-arabischen Unterschicht-Milieus fokussierte, zeigte, dass es eher um eine Sozialschichts-, Bildungs- und Religions- als um eine sogenannte Ausländer-Problematik geht.

## 1. Unterrichtsstunde, Unterrichtsfach: Regierung

*Frauke Sander vom OV Oranienburger Tor*

45 Mitglieder und Gäste verfolgten gespannt Martin Biesels Ausführungen zu den Koalitionsverhandlungen und dem Start der schwarz-gelben Regierung, bei Wein und Brezeln in „Walter Scheels Wohnzimmer“, dem Walter-Scheel-Zentrum, Thomas-Dehler-Haus. 28. Oktober 2009, am Tag der Vereidigung der neuen Regierung. Nach einer kleinen Einführung stellte sich Martin Biesel den zahlreichen Fragen der Gäste. Wir sind dankbar und stolz, dass er sich trotz eines stressigen Arbeitsprogramms und mit Blick auf seine künftige Arbeit als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, die Zeit genommen hat, den Ortsverband Oranienburger Tor zu besuchen. In unserer nächsten Veranstaltung wird uns Sascha Tamm, der derzeit im Moskauer Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit tätig ist, einen Einblick über die aktuelle politische Lage in Moskau geben.

## Mauerpark und noch einmal der IRAN

*Bettina v. Seyfried vom OV Wedding*

Das emotionsgeladene Thema um Parknutzung vs Errichtung von Wohngebäuden durch die Firma VIVICO wurde bei einer gemeinsamen MV der OVs Prenzlauer Berg und Wedding: ‚Mauerpark – Zwischen Verfall und Neugestaltung‘ im Haus der Sinne in der Ystader Strasse kompetent, engagiert und vielschichtig vor etwa 20 Personen durchleuchtet. Genaueres folgt in Kürze. – Dank unseres kompetenten und rührigen Mitglieds Saba Farzan gibt es eine zweite IRAN-Veranstaltung. Zur Situation der Frauen im Iran stehen uns die in Hamburg, London und New York lebende Journalistin Anahita Moghaddam, die zur Zeit an einem Film zu den Ereignissen in Iran arbeitet und die in Berlin lebende Publizistin und Filmemacherin Fathiyeh Naghibzadeh, die den Film „Kopftuch als System“ erarbeitet hat, für eine Podiumsdiskussion zur Verfügung. Die Damen stehen für unterschiedliche Generationen ihres Landes. Dies garantiert einen spannenden Gedankenaustausch. Wir hoffen erneut auf große Resonanz. Genaueres: [www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

## Wahlkampfnachlese

*Justus Leonhard von den JuLis Mitte*

Der 50 Stunden Wahlkampfmarathon der JuLis Mitte und Friedrichshain, Kreuzberg & Neukölln hat auf dem Bundeskongress der Jungen Liberalen in Saarbrücken beim Aktionswettbewerb den ersten Preis gewonnen und wurde als bundesweit beste Aktion ausgezeichnet! Der für den Wettbewerb erstellte Videoclip feierte vor allen Delegierten seine Premiere und ist ab sofort unter [www.julis-mitte.de](http://www.julis-mitte.de) anzuschauen. MdB Florian Bernschneider würdigte in seiner Laudatio 50 Stunden nonstop als eine Aktion, „die alle Kriterien eines innovativen und modernen Wahlkampfes erfüllt“. Motiviert von diesem Erfolg bleiben die JuLis Mitte im wahrsten Sinne des Wortes beim Wähler: Am 20. November werden wir auf dem Alexanderplatz Bürgerinnen und Bürger mit heißen Getränken versorgen und über Bildungspolitik informieren. Freudig erwarten wir dann am ersten Wochenende im Dezember eine Gruppe aus unserem Partnerverband Bonn. Gemeinsam mit den Bonnern werden wir im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen eine Aktion zum Klimaschutz durchführen.

## Personalien

(au) Die Mitgliedschaft des Landesverbandes Berlin der FDP ist in der künftigen Bundesregierung gut vertreten. Aus unserem BV Mitte wird der langjährige Bundesgeschäftsführer der Liberalen **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Foto, Hackescher Markt) künftig als Staatssekretär in dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig sein,



**Birgit Grundmann** (Reinickendorf) als Staatssekretärin im Bundesministerium für Justiz und **Stefan Kapferer** (Steglitz-Zehlendorf) als Staatssekretär im Gesundheitsministerium. Ferner wissen unsere Berliner Bundestagsabgeordneten nun auch, welchen Ausschüssen sie künftig angehören werden: **Hellmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick) wechselt aus dem Entwicklungsausschuss in den Verteidigungsausschuss, von den neu in den Bundestag Gewählten wird **Martin Lindner** MdB (Steglitz-Zehlendorf) im Petitionsausschuss und im Wirtschaftsausschuss tätig sein, **Lars Lindemann** MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf) im Gesundheitsausschuss.

(au) Der Einladung des Fraktionsvorsitzenden **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) zum Abschiedsempfang für seinen Amtsvorgänger **Martin Lindner** MdB (Steglitz-Zehlendorf) folgten zahlreiche Gäste, darunter IHK-Chef **Eric Schweitzer**, der neben Meyer eine pointierte Ansprache hielt, Staatsminister **Werner Hoyer** MdB (NRW), der hessische Staatssekretär und ehemalige Fraktionsgeschäftsführer **Steffen Saebisch**, die MdAs **Björn Jotzo** (Charlottenburg-Wilmersdorf), **Klaus-Peter v. Lüdecke** (Steglitz-Zehlendorf), unser Abgeordneter aus Mitte **Henner Schmidt** (Gendarmenmarkt), **Mieke Senfleben** (Reinickendorf) sowie **Sylvia Maria v. Stieglitz** (Steglitz-Zehlendorf), die für Lindner ins Abgeordnetenhaus nachrückt. Aus dem Landesvorstand gaben sich die stellv. Landesvorsitzenden **Lars Lindemann** MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf) und **Roland Zielke** (Tempelhof-Schöneberg) ebenso die Ehre wie **Mathia Specht-Habel** (Steglitz-Zehlendorf) und unser Landesvorstandsmitglied aus Mitte, **Katja von Maur** (Tiergarten). Unter den Festgästen ferner **Hellmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick) und aus der Mitgliedschaft des BV Mitte etwa Medienexpertin **Antje Karin Pieper**, der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Verkehr **Tom Reinhold** und General **Victor von Wilcken** (alle Tiergarten).

(au) **Matthias Lefarth** (OT), der dem Domizilprinzip folgend in unseren BV Mitte gewechselte Vorsitzende des Landesfachausschusses Wirtschaft, Finanzen und Arbeit, durfte sich auf der jüngsten Sitzung des LFA eines liberalen Feldgottesdienstes erfreuen, als der Referent der Bundestagsfraktion für Wirtschaft und SoFFin **Steffen Rutter** nicht nur einen vorzüglichen Überblick über die finanz- und wirtschaftspolitischen Aspekte des Koalitionsvertrages gab, sondern auch die zahlreich Versammelten mit einem leidenschaftlichen Appell zum Druck der Basis für klare liberale Politik begeisterte.

(ba) Die liberale Veranstaltung zum Mauerpark im „Haus der Sinne“, federführend vorbereitet aus dem OV Prenzlauer Berg vom Vorsitzenden **Lars Riedel** und **Felix Reifschneider** und aus dem OV Wedding von **Nikita Höll** sowie moderiert von der Vorsitzenden des OV Wedding, **Bettina v. Seyfried**, konnte die kommunalpolitischen Vorstellungen der Liberalen zur Freude der Gäste trefflich herausarbeiten. Zum Thema diskutierten dabei **Henrik Thomson** von der VIVICO, **Thomas Brandt** von der FDP-Fraktion in der BVV Pankow und unser stellv. Bezirksvorsitzender **Piotr Pawlowski** als Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Mitte.

(au) **Hella Lundkowski** (Wedding) wurde in einer feierlichen Veranstaltung im Kino Alhambra ein Ehrenamtspreis für ihr Engagement in der Freien Demokratischen Wohlfahrt und in der Seniorenvertretung des Bezirks Mitte überreicht, die Laudatio hielt die Vorsitzende der Landes seniorenvertretung, Heidemarie Fischer.

(bli) Bei der Vorstandswahl der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand wurde in Nürnberg **Heinrich Kolb** MdB (Hessen) als Bundesvorsitzender bestätigt, ebenso wie u.a. als Beisitzer **Anno Blissenbach** (Hackescher Markt), neu als solcher gewählt aus Brandenburg **Jan Syré**. In bekannter Souveränität wirkte **Detlev Fricke** (Charlottenburg-Wilmersdorf) im Tagungspräsidium. Auf Antrag des Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes **Thomas Zenner** (Steglitz-Zehlendorf) wird der BLM-Landesverband Berlin den 7. Mittelstandstag 2010 ausrichten.

(kvm) In eigener Sache durfte Liberal Central sich über eine lobende Würdigung im Landesvorstand der Berliner FDP freuen. Aus Anlass einer Diskussion zu verbandspolitischer Kommunikation wurde LC in der Runde als vorbildliches Medium herausgestellt, nicht zuletzt von unserem Landesvorsitzenden **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf) und Schatzmeisterin **Heidi Knauthe** (Charlottenburg-Wilmersdorf).

## Leserbriefe

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Finale und Auftakt in Berlin**

*von Claudia Bandow*

Die großen Parteien haben es nicht geschafft, Jungwähler für Ihre Programme so zu begeistern, wie die Piratenpartei es uns allen gerade vormacht. Ganz ähnlich wie die Grünen vor vielen Jahren, haben die Piraten sich ein Thema herausgepickt und somit ins „Schwarze“ getroffen.

70 neue Mitglieder pro Tag ist der Zulauf dieser neuen Partei. Zahlen von denen wir alle nur zu träumen wagen. Anscheinend erreichen wir die „Generation 20 +“ auch nicht mit Hilfe der Julis, die sicherlich einen harten Wahlkampf durchführen. Wir müssen uns also fragen, was wir zukünftig besser machen wollen, um auch die vielen Jungwähler zu erreichen.

Anscheinend ist das Internetthema und der „gläserne Bürger“ so wichtig für unsere junge Generation, dass wir uns hier eindeutiger und klarer positionieren müssen, um eine andere Wählergeneration zu erreichen.

Vielleicht sollten wir uns die Einzelheiten in den Programmen der Mitbewerber genauer ansehen, um hier den entsprechenden Anschluss an unsere zukünftigen Wähler nicht zu verpassen.

Wir benötigen in nicht allzu ferner Zukunft auch die Stimmen der jüngeren Wähler, um unsere Wahlergebnisse zu verbessern und vor allem weitere Zuwächse zu erhalten.

### **Vor 20 Jahren: Der November 1989**

- 01.11.1989 Nach einem Treffen mit Gorbatschow in Moskau erteilt Egon Krenz einer deutschen Wiedervereinigung eine Absage
- 04.11.1989 Größte Massendemonstration in der Geschichte der DDR auf dem Berliner Alexanderplatz. Hunderttausende fordern Reformen, freie Wahlen und Meinungsfreiheit
- 06.11.1989 Staatssicherheitsminister Erich Mielke ordnet Aktenvernichtungen an
- 07.11.1989 DDR-Ministerrat tritt zurück
- 08.11.1989 Rücktritt des SED-Politbüros
- 08.11.1989 „Neues Forum“ offiziell zugelassen
- 09.11.1989 Fall der Berliner Mauer
- 10.11.1989 Bundeskanzler Helmut Kohl bricht seinen Polen-Besuch ab, um am Abend vor dem Schöneberger Rathaus in West-Berlin auf einer Kundgebung zu sprechen
- 11.11.1989 Gegen 01.00 Uhr nachts beginnt unter dem Jubel der Menschen der Abriss der Berliner Mauer in der Bernauer Straße
- 13.11.1989 Hans Modrow (SED) wird Ministerpräsident der DDR
- 17.11.1989 ČSSR: Mit über 50.000 Demonstranten größte Demonstration seit 20 Jahren in Prag
- 19.11.1989 ČSSR: Václav Havel wird Vorsitzender des neu gegründeten Bürgerforums »OF«
- 24.11.1989 ČSSR: KP-Führung tritt zurück und macht den Weg zu demokratischen Wahlen frei
- 26.11.1989 Bürgerrechtler, Künstler und SED-Reformer plädieren im gemeinsamen Aufruf »Für unser Land« für einen reformierten Sozialismus und für die Eigenständigkeit der DDR
- 27.11.1989 Leipziger Montagsdemonstration mit rund 150.000 Teilnehmern; erste Sprechchöre „Deutschland einig Vaterland“
- 28.11.1989 Bundeskanzler Kohl legt einen Zehn-Punkte-Plan zur schrittweisen Überwindung der deutschen Teilung vor
- 30.11.1989 ČSSR: Regierung gibt die sofortige Demontage aller Sperranlagen an der Westgrenze bekannt

Termine

**November 2009**

- 11.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 12.11 19.30h OV OT: **Vortrags- und Diskussionsveranstaltung** – Thema: Hat Russland die Krise überstanden? – Referent Sascha Tamm – im Walter Scheel Zentrum, M4 im TDH (Reinhardstr. 14)
- 18.11 19.30h OV Wedding: **Informationsveranstaltung** „Der Widerstand ist weiblich - Frauen im Iran gestern und heute“ – mit Saba Farzan, Anahita Moghaddam und Fathiyeh Naghibzadeh – im AGH (Niederkirchner Str.), Raum 377
- 20.11 19.30h OV Wedding: **Vorstand, Mitgliederversammlung, Stammtisch** – im „Auszeit“ (Kiautschoustr. 12a)
- 25.11 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 28.11 12.00h Liberale Frauen Berlin: **Matinee** zum 11-jährigen Bestehen des Verbandes – im Bröhan-Museum (Schlossstr. 1a, ggü. Schloss Charlottenburg)
- 29.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Dezember 2009**

- 01.12 20.00h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung mit Weihnachtsfeier** – [www.julis-mitte.de](http://www.julis-mitte.de)
- 02.12 17.00h FNF: **Kolloquium** „Mit Zivilcourage für Freiheit und Demokratie, Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus“ – Reinhardtstraßenhöfe (Reinhardtstr. 14)
- 02.12 18.30h DGLI Berlin: **Mitgliederversammlung** der Berliner Sektion der Deutschen Gruppe der Liberal International – Neuwahl des Sektionspräsidiums u.a. – mit DGLI-Präsident Patrick Meinhardt MdB – im AGH (Niederkirchner Str.), Raum 376
- 02.12 20.00h Liberale Frauen: **Treffen** „femmes libérales“ im Simon (Auguststr. 53)
- 07.12 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Umweltpolitik in Berlin – mit Henner Schmidt MdA – im Simon (Auguststr. 53)
- 08.12 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 09.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 13.12 11.00h OV Hackescher Markt: **Weihnachtsbrunch** – mit Alexandra Thein MdEP – im „Café Orange“ (Oranienburger Str. 32)
- 15.12 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Traditionelles Weihnachtsessen** – im Marriott Courtyard Mitte (Axel-Springer-Str.)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).